

Reader

für Tagesseminar

Afrikanisch-Europäische Beziehungen

am 02. Juli 2005 in der Europäischen Akademie Berlin

Ansprechpartner:

Félix Baumert, Junge Europäische Bewegung (JEB)

Buero@jeb-bb.de

Marek Burmeister, AfricAvenir International

maburle@yahoo.de

Nikos Nikolidakis, Initiative Südliches Afrika (INISA)

mail@nikolidakis.de

Inhalt

1. Konfliktpotenziale in Afrika - Eine Bedrohung europäischer Sicherheit?...S.02
2. Welche Perspektiven hat Afrika auf dem Weltmarkt?.....S.09
3. Afrika und Europa, eine ambivalente Nachbarschaft - Die „Afrikanische Renaissance“ als Herausforderung für die afrikanisch-europäischen Beziehungen.....S.13

1. Konfliktpotenziale in Afrika - Eine Bedrohung europäischer Sicherheit?

von Dr. Stefan Mair, Afrika-Referent der Stiftung Wissenschaft und Politik

Einführung

Im Juli 2003 zählte die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, angesiedelt an der Universität Hamburg, Kriege in elf der 44 Länder südlich der Sahara und bewaffnete Konflikte¹ in fünf weiteren Staaten der Region. Damit ist Afrika die Großregion, die weltweit am stärksten von Krieg und gewaltsamen Konflikten betroffen ist. Langfristanalysen² sehen in drei weiteren afrikanischen Ländern ein hohes Risiko, dass es zum Krieg kommt. Die Massierung von gewaltsamen Konflikten und Konfliktpotenzialen in Afrika südlich der Sahara ist erklärungsbedürftig. Eine Vielzahl von Wissenschaftlern und Praktikern, von Instituten und internationalen Netzwerken sowie von staatlichen Institutionen und multilateralen Organisationen stellen sich mittlerweile dieser Aufgabe.³ Ein relativ breiter Konsens besteht darüber, dass bei der Analyse von Konfliktpotenzialen zwischen (1.) strukturellen Faktoren, so genannten root causes, (2.) Prozess- bzw. beschleunigenden Faktoren, in der internationalen Literatur häufig accelerators, precipitators oder aggravating factors genannt, und (3.) Auslösern, englisch: triggers, zu unterscheiden ist. Die nachfolgende Analyse der Konfliktpotenziale in Afrika südlich der Sahara wird sich in einem ersten Schritt auf die strukturellen Faktoren konzentrieren⁴ und dann in einem zweiten Schritt aus der Kombination dieser strukturellen Faktoren ein dominantes Muster der Entwicklung von Konfliktpotenzialen in Afrika südlich der Sahara herausarbeiten.⁵ Daran anknüpfend stellt sich die Frage, inwieweit diese Konfliktpotenziale eine Bedrohung europäischer Sicherheit darstellen.

Vorgeschichte der militärischen Konflikte

Einer der erstaunlichen Leistungen afrikanischer Staaten, aber auch ihrer Patrone im West- und Ostblock während des Kalten Krieges war, dass trotz der willkürlichen Grenzziehungen des Kolonialismus zwischenstaatliche Konflikte bis weit in die 90er Jahre hinein weitgehend ausblieben. Konflikte in Afrika hatten zumeist innerstaatlichen Charakter. In Bezug auf Opferzahlen und Dauer gilt es dabei, den Biafra-Krieg in Nigeria, die Bürgerkriege in Sudan, Äthiopien, Uganda, Angola, Mosambik und Simbabwe hervorzuheben. Von diesen Kriegen dauert bis vor kurzem nur jener im Sudan auf hohem Niveau an. Dafür sind in den 90er Jahren neue Konflikte in Somalia, der Demokratischen Republik Kongo, Sierra Leone, Liberia, Burundi und letztlich auch in der Elfenbeinküste hinzugekommen. Im Hinblick auf die Vorgeschichte bewaffneter Konflikte unterscheidet sich Afrika nur wenig von anderen Regionen, zumindest nicht soviel, dass es die gegenwärtige Häufung von Gewaltkonflikten in der Region erklären könnte. Anders stellt sich dies im Fall eines zentralen Resultats von Konflikten dar. Unter den 20 Staaten, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die meisten Flüchtlinge produziert haben, sind zehn afrikanische zu finden.

Missmanagement und Politische Instabilität

Dies ist eine Kategorie, in der die Staaten Afrikas südlich der Sahara in den 70er und 80er Jahren durchaus führend waren. Mobutu in Zaire und Bokassa in der Zentralafrikanischen Republik setzten weltweit Maßstäbe im Feld der Selbstbereicherung der politischen Elite. Die Unfähigkeit und das Missmanagement fast aller afrikanischer Regierungen erklären im wesentlichen das Ausbleiben von Entwicklung in diesen beiden Jahrzehnten. Westafrikanische Staaten brachen in den ersten 25 Jahren nach ihrer Unabhängigkeit Rekorde in Putschversuchen und gewaltsam erzwungenen Regimewechseln. Dies alles hat sich im Lauf der 90er Jahre signifikant verbessert. In fast allen Staaten südlich der

¹ vgl. http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Def

² Caroline Delany, Sonja Varga: Conflict Risk Assessment Report. Sub-Sahara Africa, Carleton 2002 (<http://www.carleton.ca/cifp>).

³ Eine Übersicht bietet hierzu: <http://www.conflict-prevention.org/>

⁴ Sie folgt dabei einer von CFIP entwickelten Unterscheidung von neun strukturellen Faktoren: (1.) eine Vorgeschichte des militärischen Konflikts, (2.) schlechte Regierungsführung und politische Instabilität, (3.) Militarisierung, (4.) Heterogenität der Bevölkerung, (5.) Bevölkerungsdruck, (6.) schlechte wirtschaftliche Entwicklung, (7.) unzureichende menschliche Entwicklung, (8.) ökologischer Stress und (9.) negatives internationales Umfeld.

⁵ Die Bandbreite der Auslösefaktoren ist zu hoch und zu fallspezifisch, um sie einer kurzen verallgemeinernden Betrachtung zu unterziehen.

Sahara fanden Mehrparteienwahlen statt; nicht zuletzt aufgrund des Drängens der internationalen Gebergemeinschaft wurden Anstrengungen, der Regierungsführung mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz zu verleihen, deutlich erhöht. Die Zahl von versuchten und erfolgreichen Putschen ist deutlich zurück gegangen. Allerdings können nur wenige der jungen Demokratien Afrikas als konsolidiert betrachtet werden. Die Mehrzahl befindet sich in einem Zwischenstadium, in dem sie Abschied vom autoritären System genommen haben. Jedoch ist die Stellung der Exekutive noch extrem stark, ihre Versuche, den politischen Prozess zu manipulieren, sind manifest und die politischen Freiräume eingeschränkt. Vor allem aber werden die formaldemokratischen Strukturen in diesen Staaten von dem Fortbestand klientelistischer Austauschbeziehungen überschattet. Das heißt: Politiker versuchen, Wähler nicht durch politische Programmatik oder Konzepte an sich zu binden, sondern indem sie politische Loyalität durch Vergabe von attraktiven Posten und das Gewähren materieller Vorteile belohnen. Entsprechend ist das Niveau an Korruption in Afrika anhaltend hoch.

Militarisierung

Im Vergleich zu anderen konfliktträchtigen Regionen ist die Militarisierung Afrikas geradezu unterdurchschnittlich, zumindest dann, wenn man sie an Militärausgaben und Truppenstärken misst. Beides resultiert aus der Finanznot der meisten afrikanischen Regierungen und aus dem wachsenden Unwillen der internationalen Gebergemeinschaft, bei Empfängern von Entwicklungshilfe hohe Militärausgaben zu akzeptieren. Die Rolle der Armee in Politik und Gesellschaft hat im Verlauf der 90er Jahre in Afrika deutlich abgenommen, sieht man von den Bürgerkriegsländern ab. Vehement hat aber die Bewaffnung gesellschaftlicher und politischer Gruppen zugenommen. Man kann in diesem Zusammenhang von einer Proliferation privater Gewaltakteure sprechen: Kriegsherren, Söldner, private Sicherheitsunternehmen, Rebellenbewegungen, Bürgerwehren und Milizen, Geheimgesellschaften, traditionelle Jäger, Jugendorganisationen von Parteien und einige andere mehr.⁶ Deren Gewaltausübung wird durch die allgemeine Verfügbarkeit von Kleinwaffen erleichtert. In mehr als einem Drittel der 44 afrikanischen Staaten kann von einem staatlichen Gewaltmonopol kaum noch gesprochen werden.

Heterogenität der Bevölkerung

Gemessen an ethnischer Heterogenität übertrifft Afrika südlich der Sahara alle anderen Regionen. Manche afrikanische Staaten weisen mehr als 50 deutlich unterscheidbare ethnische Gruppen auf. Dagegen ist religiöse Heterogenität kein dominanter Faktor in afrikanischen Gesellschaften. In zuge-spitzter Form tritt er als Konflikt zwischen Christen und Muslimen allein in den Küstenstaaten Ostafrikas und Westafrikas sowie am Horn von Afrika auf. Bemerkenswerterweise wird trotz der großen ethnischen Vielfalt afrikanischer Staaten das Risiko der ethnischen Rebellion als eher gering eingeschätzt. Dies hat wohl vor allem zwei Gründe: Zum einen sind die meisten ethnischen Gruppe in Afrika zu klein, um eine kritische Masse zur Austragung eines gewaltsamen Konfliktes zu konstituieren. Zum anderen hatte das zuvor kurz skizzierte System des Klientelismus durchaus den Vorteil, eine Vielzahl ethnischer Gruppen politisch einzubinden, indem es sie in den Genuss staatlicher Patronagepolitik kommen ließ.

Wachsender Bevölkerungsdruck

Es ist weniger die absolute Bevölkerungszahl noch deren Zuwachs als vielmehr die Art der Bevölkerungsdichte und das Verhältnis von Bevölkerungswachstum zum Wirtschaftswachstum, das Konfliktpotenziale in Afrika erzeugt. Mit Ausnahme Ruandas und Burundis sowie des Küstenstreifens, der von Abidjan bis Lagos reicht, gilt kaum eine Großregion Afrikas als zu dicht besiedelt. Allerdings ist eine sprunghafte Zunahme der städtischen Bevölkerung zu verzeichnen – von 21 Prozent in 1975 auf nahezu 35 Prozent in 2001.⁷ Ein Großteil der Zuwanderer findet sich in den städtischen Elendsgebieten wieder, was dort zu erheblichen sozialen Verwerfungen führt. Afrika südlich der Sahara weist auch den weltweit höchsten Anteil an Jugendlichen unter 15 Jahren auf. 2001 waren es 42,8

⁶ vgl. Andreas Mehler: Legitime Gewaltoligopole – eine Antwort auf strukturelle Instabilität in Westafrika, Hamburg 2003, S. 24.

⁷ UNDP, Human Development Report 2003, New York 2003, S. 253.

Prozent.⁸ Diese Zahl könnte durchaus Ausdruck für eine Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung sein, wenn sie nicht im krassen Widerspruch zum Ausbleiben wirtschaftlicher Entwicklung stünde.

Negative wirtschaftliche Entwicklung

Die hohe jährliche Zuwachsrates der afrikanischen Bevölkerung von durchschnittlich 2,8 Prozent in den Jahren 1975 bis 2001⁹ entfaltet erst im Zusammenhang mit den geringen wirtschaftlichen Wachstumsraten ihre konfliktverschärfende Wirkung. Das Pro-Kopf-Einkommen sank in diesem Zeitraum in Afrika südlich der Sahara um durchschnittlich 0,9 Prozent pro Jahr.¹⁰ Das Ausbleiben wirtschaftlicher Entwicklung verbaute gerade den heranwachsenden Jugendlichen jegliche soziale Perspektive. Besser ausgebildet als jede afrikanische Generation zuvor, sind ihre Aussichten gering, ein regelmäßig bezahltes Einkommen zu erzielen. Ihre Frustration und damit auch Mobilisierbarkeit für die gewaltsame Austragung von Konflikten sowie für Gewaltkriminalität ist hoch. Hinzu kommt, dass das Maß sozialer Ungleichheit in Afrika nicht nur beträchtlich ist, sondern auch weiter wächst. Sechs der zehn Länder, für die CFIP (siehe Fußnote 4) die negativsten Werte sozialer Ungleichheit ermittelt hat, finden sich südlich der Sahara.

Negative Entwicklung sozialer Entwicklungsindikatoren

Die negative wirtschaftliche Entwicklung, die Afrika seit 1975 genommen hat, spiegelt sich in der Verschlechterung sozialer Entwicklungsindikatoren wider. Zwei Drittel der 21 Staaten, für die die UNDP im Zeitraum 1990 bis 2001 eine deutliche Verschlechterung des Human Development Index festgestellt hat, sind afrikanische.¹¹ Der Zugang zu sanitären Anlagen und sauberem Trinkwasser ist in Afrika weitaus schlechter als in anderen Weltregionen, die Lebenserwartung fällt nach einem deutlichen Anstieg in den 80er und frühen 90er Jahren seit kurzem wieder auf ein Niveau nahe dem des Jahres 1975 zurück. Gleiches gilt für die Kindersterblichkeit und die Sterblichkeit von Müttern. Ein wesentlicher Grund für die Verschlechterung dieser Indikatoren ist die rapide Ausbreitung von HIV/AIDS. Afrika südlich der Sahara weist mit einem Anteil von 9 Prozent¹² AIDS-Infizierter gemessen an der Bevölkerung über 15 Jahren und mit mehr als 56 Millionen Infizierten insgesamt weltweit die relativ und absolut höchste Zahl Betroffener auf. Von der Krankheit ist vor allem jene Altersgruppe betroffen, die wirtschaftlich am leistungsfähigsten ist und in die die afrikanischen Staaten am meisten in Form von Bildungsausgaben investiert haben. Zudem hinterlassen die an AIDS sterbenden Eltern eine große Zahl an Waisen, die immer mehr durch das traditionelle afrikanische soziale Netz fallen und zentrale Elemente der Sozialisierung, wie beispielsweise die Gewalthemmung, nicht erfahren.

Ökologischer Stress

Angesichts des relativ niedrigen Entwicklungsstands und der kaum vollzogenen Industrialisierung Afrikas liegt der Schluss nahe, ökologischer Stress würde als Konfliktpotenzial eine nur sehr untergeordnete Rolle spielen. Tatsächlich aber ist in den vergangenen Jahren eine deutliche Verschärfung des ökologischen Konfliktpotenzials zu verzeichnen, das sich allerdings weniger in nationale, innerstaatliche Großkonflikte als vielmehr in gewaltsamen kommunalen Zusammenstößen entlädt. Hauptgegenstand dieses Konflikts ist das landwirtschaftlich nutzbare Land. Bevölkerungszuwachs, fehlende wirtschaftliche Perspektiven außerhalb der Landwirtschaft, geringe landwirtschaftliche Produktivität, Abholzung, Überweidung und Desertifikation verschärfen die Konkurrenz um diese knappe Ressource. Sie wird vor allem zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern ausgetragen.

Negatives internationales Umfeld

Afrika südlich der Sahara verschwand nach dem Ende des Ost-West-Konflikts weitgehend von der strategischen Landkarte des Nordens. Zwar war die Bilanz der Intervention von West- und Ostblock in die politischen Belange Afrikas während des Kalten Krieges eher negativ denn positiv. Politische Stabilität um fast jeden Preis, Unterstützung von Diktatoren, solange sie dem richtigen La-

⁸ a.a.O.

⁹ a.a.O.

¹⁰ ebd., S. 281.

¹¹ ebd., S. 40.

¹² UNDP, Human Development Report 2003, New York 2003, S. 261.

ger angehörten, und Stellvertreterkriege prägten die Soll-Seite. Sieht man von letzteren ab, hat die militärische und politische Präsenz der USA, der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und ihrer Verbündeten in den 70er und 80er Jahren doch zumindest unkontrollierte Gewalteskalation verhindert und die schwachen Staaten Afrikas wenigstens in die Lage versetzt, ihr Gewaltmonopol halbwegs durchzusetzen. Der weitgehende Rückzug der Super- und Großmächte nach 1990 hinterließ Leerräume, derer sich zunehmend nicht-staatliche Gewaltakteure bemächtigten.

Die neuen Kriege Afrikas

In der Zusammenschau der bisher beschriebenen strukturellen Faktoren sind es vor allem vier, die wesentlich die Häufung gewaltsamer Konflikte in Afrika erklären:

- die Ineffektivität und mangelnde Legitimität des Regierungshandelns,
- das hohe Bevölkerungswachstum und die rapide Verstädterung in Verbindung mit
- dem Fehlen wirtschaftlicher Entwicklungsperspektiven und schließlich
- die soziale Verelendung großer Bevölkerungsgruppen, nun auch noch verschärft durch die nach wie vor ungebremsste Ausbreitung von HIV/AIDS.

Diese strukturellen Faktoren führten dazu, dass der seit jeher bestehende Konflikt um knappe Ressourcen, insbesondere Land, gehäuft eine existenzielle Dimension bekam. Die Deregulierung der Privatwirtschaft, die Bindung von Entwicklungshilfe an politische Auflagen und deren generelle Reduzierung bewirkten, dass klientelistische Mechanismen immer weniger in der Lage waren, diesen konfliktverschärfenden strukturellen Faktoren entgegenzuwirken. Nun rächte sich, dass Klientelismus durchaus ein politisch wirksames, wirtschaftlich aber höchst ineffizientes System ist: Knappe volkswirtschaftliche Ressourcen werden nicht jenen zugeteilt, die sie am effizientesten einsetzen, sondern sie politisch am nachdrücklichsten einfordern können. Patrone, die versuchten, klientelistische Beziehungen aufrechtzuerhalten, und jene, die aus dem Netz des Klientelismus herausfielen, bemühten sich um die Erschließung alternativer Einkommensquellen. Solche sind die Kontrolle lukrativer Ressourcen und Märkte sowie die Beteiligung an organisierter Kriminalität. Die Verfügbarkeit von Waffen und gewaltbereiten Jugendlichen erleichterte den politischen Unternehmern ihre erfolgreiche Tätigkeit in diesen neuen Geschäftsfeldern. Die Mobilisierung der Hilfstruppen erfolgte meist entlang ethnischer Trennlinien. Der Rückzug Nordamerikas und Europas aus Afrika begünstigte den Verfall des staatlichen Gewaltmonopols und die Expansion von kriegerischen Konflikten.

Damit sind schon eine Reihe von Faktoren genannt, die die afrikanischen Konflikte seit Beginn der 90er Jahre charakterisieren: Mit der Ausnahme des Krieges zwischen Äthiopien und Eritrea sind dies in der Regel Konflikte niedriger Intensität, die vor allem von nicht-staatlichen Gewaltakteuren und gering legitimierten staatlichen Kräften mittels Kleinwaffen ausgetragen werden. Die Erschließung und Kontrolle von Ressourcen und Märkten spielen eine zentrale Rolle. Sie dienen der Bereicherung der Kommandanten und der politischen Unternehmer, der Aufrechterhaltung klientelistischer Netze und der Beschaffung der Mittel zur Kriegführung. Ziel und Opfer der Gewaltanwendungen sind weniger die gegnerischen Kriegsparteien als vielmehr die Zivilbevölkerung. Exzessive Gewalt gegen sie hat die Funktion, sie so weit fügsam zu machen, dass sie Abgaben an die Kriegsparteien und Frondienst bei der Ausbeutung von Ressourcen leisten. Da der Einzugsbereich von zu kontrollierenden Märkten in Afrika häufig nicht mit staatlichen Grenzen identisch ist, lukrative Ressourcen zuweilen jenseits von Staatsgrenzen liegen und halbwegs stabile Staaten versuchen, dem Übergreifen von derartigen Konflikten auf ihr eigenes Staatsgebiet zuvorzukommen, entwickeln diese Konflikte immer mehr grenzüberschreitenden Charakter. Dauern sie einige Jahre fort, entwickeln sie die Tendenz, sich strukturell zu verfestigen. Das Resultat ist die Herausbildung von Kriegsökonomien, in denen zentrale Akteure ein wirtschaftliches Interesse an der Perpetuierung des Konfliktes haben. Paradigmatisch für diese Art der Konflikte sind die Kriege an Afrikas Großen Seen und in Westafrika. Letzterer soll im folgenden zur Illustration des bisher Festgestellten kurz skizziert werden.¹³

¹³ Die Darstellung stützt sich weitgehend auf die Analysen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (<http://www.akuf.de/>).

Die Konflikte in Westafrika

Der gewaltsame Konflikt in Westafrika begann im Dezember 1989, als von der Elfenbeinküste aus wenige hundert Rebellen nach Liberia eindringen. In kurzer Zeit zerbrach die Rebellenbewegung in mehrere Einzelgruppen. Einem der mit Charles Taylor konkurrierenden Rebellenführer gelang es, die Hauptstadt Monrovia einzunehmen und den bis dahin herrschenden Diktator gefangen zu nehmen und dann dessen grausame Ermordung auf Video zu dokumentieren. Auf dem Höhepunkt des Chaos entschloss sich eine von Nigeria geführte Eingreiftruppe der ECOWAS (ECOMOG) ohne Mandat der VN zur Friedenserzwingung in Liberia einzugreifen. Die meisten frankophonen Staaten der ECOWAS verweigerten eine Teilnahme an der Mission, da sie diese als Versuch Nigerias werteten, eine Machtübernahme durch einen mit der Elfenbeinküste – dem traditionellen frankophonen Rivalen Nigerias um die Vormacht in Westafrika – verbundenen Rebellen zu verhindern.

Die ECOMOG degenerierte schnell zur Kriegspartei, der es zwar gelang, die Hauptstadt und die sie umgebenden Gebiete zu kontrollieren, nicht aber die Rebellen aus ihren Hochburgen zu vertreiben. Dennoch beruhigte sich bis 1996 die Lage soweit, dass Wahlen vorbereitet werden konnten. Diese gewann der Rebellenchef Charles Taylor 1997 deutlich. In der Bevölkerung schien die Einstellung zu herrschen, man müsse Taylor den Wahlsieg gewähren, da er sonst seine Versuche, die Macht gewaltsam zu erringen, nie einstellen würde. Taylor hatte seinen Kampf um die Macht vor allem durch den Export von Tropenhölzern und andere Rohstoffe finanziert. Selbst nach Übernahme des Präsidentenamtes blieb die Ausbeutung von Rohstoffen zur persönlichen Bereicherung und Finanzierung seiner Miliz Taylors Hauptanliegen. Da die Ressourcen Liberias offensichtlich nicht ausreichten, dieses Anliegen zu befriedigen, griff Taylor bereits 1991 nach Sierra Leone aus.

Sierra Leone verfügt über reiche Diamantenvorkommen, die die mit Taylor verbündete und mehr und mehr auch von ihm kontrollierte sierra-leonische Rebellenbewegung RUF unter ihre Kontrolle brachte. Die Regierung in Freetown wehrte sich gegen das Vordringen der RUF wiederum mit Hilfe von Truppen aus Guinea und Nigeria sowie einer der liberianischen Rebellenbewegungen. Die RUF erlangte traurige Berühmtheit durch ihr extrem brutales Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung. Am weiteren Verlauf des Krieges beteiligten sich nicht nur reguläre Truppen Sierra Leones und der Nachbarstaaten sowie verschiedene Rebellenbewegungen und Milizen, sondern auch von der Regierung beauftragte internationale Sicherheitsfirmen. Im Jahr 1997 wurden die nigerianischen, ghanaischen und guineischen Truppen im Land unter ECOMOG-Mandat gestellt. Ihnen gelang es, mit Unterstützung der internationaler Sicherheitsfirmen die Rebellen zeitweilig zurückzudrängen. Erneute Offensiven der Rebellen führten 1999 zu Waffenstillstandsverhandlungen, die wiederum die Aufnahme der Rebellen in die Regierung zur Folge hatten. Der RUF-Führer Sankoh erhielt den Vorsitz einer Kommission zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Die ECO-MOG wurde durch eine VN-Mission ersetzt, die jedoch zu scheitern drohte, als sich die Rebellen der RUF der vereinbarten Entwaffnung verweigerten. Erst die Intervention von 1100 britischen Soldaten außerhalb des VN-Mandats im Jahr 2000 brachte den Friedensprozess wieder in Gang. Als die RUF versuchte, ihren Einfluss nach Guinea hin – in Kooperation mit einer Rebellenbewegung dort – auszuweiten, erlitt sie starke Verluste durch die guineische Armee. Geschwächt musste sie ein weiteres Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen, das schließlich zu ihrer völligen Entwaffnung durch die personell deutlich aufgestockte VN-Mission führte.

Die RUF war nicht die einzige Kraft, die versucht hatte, den Konflikt und damit die Kontrolle über Ressourcen auf Guinea auszuweiten. Auch liberianische Regierungstruppen beteiligten sich in den Jahren 2000 und 2001 an Übergriffen auf guineisches Staatsgebiet. Hauptleidtragende dieser Militäraktionen waren die liberianischen und sierra-leonischen Flüchtlinge im Grenzgebiet. Eine Folge der liberianischen Intervention in Guinea war, dass die Regierung in Conakry ihre Unterstützung für eine Rebellenbewegung in Liberia verstärkte. Als Charles Taylor versuchte, aus dem 2002 ausbrechenden Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste Kapital zu schlagen und dorthin eine von ihm zusammengestellte Rebellengruppe entsandte, hatte er den Bogen überspannt. Die Regierung des bedrohten Nachbarlandes unterstützte nun ihrerseits eine weitere Rebellenbewegung in Liberia, der es im Verein mit den durch Guinea geförderten Rebellen gelang, 2003 auf die Hauptstadt Monrovia vorzudringen. Nach internationaler diplomatischer Intervention wurde Taylor zur Abdankung und zum Verlassen des Landes gezwungen. Mit VN-Mandat übernahmen wiederum hauptsächlich Truppen der ECO-WAS-Staaten die Überwachung der Durchsetzung des Friedensabkommens und der Einsetzung einer Übergangsregierung. Nach einem Jahrzehnt der Kriege sind die potenziell reichen Länder Sierra Leone und Libe-

ria völlig, Guinea zum Teil zerstört. Zehntausende Menschen, vor allem Nicht-Kombattanten, wurden getötet oder verstümmelt, Hunderttausende aus ihrer Heimat vertrieben.

Bedrohung europäischer Sicherheit

Diese Darstellung vermittelt einen Eindruck, was die neuen Kriege in Afrika für die Menschen dort bedeuten. Aber was bedeuten sie für die europäische Sicherheit? Einer der ersten Reflexe bei der Beschäftigung mit Kriegen in Afrika ist die Furcht vor Europa überflutenden Flüchtlingsströmen und deren negative Auswirkungen auf die innere Sicherheit der EU. Tatsächlich machen Afrikaner jedoch trotz der Elendsbilder von überfüllten Flüchtlingsbooten an den Stränden Spaniens und Italiens und trotz der allgemeinen Wahrnehmung einen nur geringen Teil der Zuwanderung in die EU aus. Die Sahara und die Armut der meisten Flüchtlinge Afrikas wirken hier als effektive Migrationsblockaden. Weitere unmittelbare sicherheitspolitische Bedrohungen für Europa, die sich aus den Konflikten in Afrika ergeben, sind schwer festzustellen. Trotz der räumlichen Expansion der afrikanischen Regionalkonflikte wird keiner von ihnen in die unmittelbare Nachbarschaft Europas vordringen. Keine der afrikanischen Konfliktparteien verfügt über die Absicht und noch sehr viel weniger über die militärischen Fähigkeiten, um europäische Staaten zu bedrohen. Die unmittelbare Betroffenheit Europas durch die Kriege in Afrika reduziert sich weitgehend auf das Problem, Angehörige der Mitgliedsstaaten der EU vor den Folgen dieser Gewaltkonflikte zu schützen. Angesichts der nicht unerheblichen Zahl von Franzosen und Briten, aber auch Belgiern und Deutschen, die in der Region leben, ist diese Aufgabe nicht unerheblich. Sie lässt sich aber in der Regel durch die schnelle Entsendung von Evakuationskräften bewältigen.

Von größerer Relevanz, aber sehr viel mittelbarer Natur als die eben skizzierten, sind die möglichen langfristigen Folgen von Staatszerfall, anhaltenden Gewaltkonflikten, der Proliferation nicht-staatlicher Gewaltakteure und der Etablierung von Kriegsökonomien. In den Gebieten, die unter einem Zusammenspiel dieser Elemente leiden, finden sich Faktoren, die wie zum Beispiel in Afghanistan einen günstigen Nährboden für die Entstehung des internationalen Terrorismus schufen: abnehmende Gewalthemmung, soziale Verelendung, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, die Entwertung sozialer Kontrolle und der Verlust kultureller Identität. Diese Faktoren reichen alleine nicht aus, um Terrorismus hervorzurufen. Andernfalls müssten eine ganze Reihe afrikanischer al Qaidas existieren. Werden sie aber ergänzt durch eine mobilisierende Ideologie, die die Schuld für die eigene Misere eindeutig externen Akteuren zuordnet, durch charismatische Führer, die diese Ideologie und eine Strategie zur Lösung der Probleme verbreiten, und durch Aktivisten, die über die technische Kompetenz und die Skrupellosigkeit für die Verübung von Anschlägen verfügen, kann sich dies sehr schnell ändern. Schon heute gibt es in den Konflikten Afrikas, insbesondere in dem an den Großen Seen, Interpretationsmuster, die den westlichen Industrieländern unterstellen, sie hätten den Konflikt angezettelt und in Brand gehalten, um unter diesen Bedingungen möglichst billig Zugang zu den attraktiven Rohstoffen der Region zu erhalten.

Selbst wenn sich aber der internationale Terrorismus islamistischer Prägung als historischer Sonderfall erweist, stellt sich die Frage, ob das extreme Ausmaß von Gewalt, das sich gegenwärtig vor allem innerhalb afrikanischer Gesellschaften abspielt, sich nicht letztlich doch nach außen Bahn bricht. Nicht-staatliche Gewaltakteure wie Kriegsherren und Milizen ignorieren staatliche Grenzen, wenn sie ihrem eigenen Gewinninteresse im Wege stehen. Schon heute sind afrikanische Kriegsherren, Kommandanten von Milizen und einige Rebellenführer integraler Bestandteil der organisierten Kriminalität mit zum Teil weit reichenden internationalen Verbindungen. In wenigen Staaten Afrikas haben kriminelle Akteure und Strukturen schon derart umfassenden Einfluss auf den Staat gewonnen, dass einige Autoren von der Kriminalisierung des afrikanischen Staates sprechen.¹⁴ Daraus ergeben sich ernsthafte Probleme für die innere Sicherheit Europas. Darüber hinaus droht die Gefahr, vor allem am Horn von Afrika, dass internationale Terroristen die sich ausbreitenden staatsfreien Räume als Rückzugsgebiete nutzen. Die Proliferation nicht-staatlicher Gewaltakteure in Afrika und die sich regional ausbreitenden Regionalkonflikte in der Region bedeuten schließlich eine weitere Schwächung einer Institution, die in Afrika ohnehin nie sehr stark war, aber dennoch hier, wie auch in anderen Teilen der Welt die wichtigste Säule der internationalen Sicherheitsarchitektur ist: der Staat.

Mittelbare sicherheitspolitische Bedrohungen haben per definitionem einen wenig spezifischen, kaum konkreten Charakter. Deshalb neigt die Sicherheitspolitik dazu, sie zu vernachlässigen

¹⁴ François Bayart/Stephen Ellis/Beatrice Hibou, *The Criminalization of the State in Africa*, Oxford 1999.

und sich eher den unmittelbaren Problemen zuzuwenden. Dies ist zwar beklagenswert, aber wohl nur durch einen schmerzhaften Lernprozess zu verändern, worin der 11. September 2001 einen vorläufigen Höhepunkt markierte. Keines der afrikanischen Konfliktpotenziale konstituiert eine unmittelbare sicherheitspolitische Bedrohung für Europa - sieht man von der Gefährdung der in Afrika lebenden Bürger der EU-Mitgliedstaaten ab. Mittelbar entwickeln sie jedoch Dimensionen, die angesichts der jüngsten historischen Erfahrungen nicht ignoriert werden sollten.

Quelle: http://www.reader-sipo.de/artikel/0312_AIII1.htm

2. Welche Perspektiven hat Afrika auf dem Weltmarkt?

von Sebastian Gröning, Junge Europäische Bewegung

Das folgende Paper soll sowohl Information als auch Fragen für die Diskussion vermitteln. Ausgehend von einer kurzen Übersicht der Beziehungen zwischen EU und Afrika, wird anschließend die eigentliche Frage, die Perspektiven Afrikas auf dem Weltmarkt vor diesem Hintergrund besprochen. Abschließend werden eine Reihe von Fragen zur Diskussion gestellt. Im Anhang befindet sich eine Erklärung einiger verwendeter Abkürzungen und Begriffe.

a) Beziehungen der EU zu afrikanischen Staaten

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika sind geprägt von den historischen, kolonialen Beziehungen und dem wirtschaftlichen Gefälle zwischen den Staaten nördlich und südlich des Mittelmeers. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen den Beziehungen der EU zu den sog. Maghrebstaaten und zu Sub-Sahara Afrika. Während die Staaten des Maghreb aufgrund ihrer geographischen Lage, sowie intensiver wirtschaftlicher Beziehungen eine stärkere Bindung erlebt haben, was sich in Form des Barcelona-Prozesses und der Euromediterranen Kooperation zeigt, beschränken sich die Beziehungen zu Sub-Sahara Afrika vor allem auf Handel und Entwicklungszusammenarbeit.

Es ist in der Beziehung der EU zu Afrika leichter von Unterschieden zu sprechen als von Gemeinsamkeiten und die Beziehung ist dementsprechend auch äußerst unsymmetrisch. Hier ein politisch stabiler, regulierter und mehr oder weniger stark vereinter Block reicher und wirtschaftlich entwickelter Staaten, deren Kultur über Jahrhunderte westlicher Hegemonie als Definition der hohen Kultur galt. Dort ein immer wieder von Konflikt, Krieg, Armut und Krankheit geplagter Kontinent mit einer kulturellen und biologischen Vielfalt, der immer wieder zum Staunen bewegt, aber wenig Einheit und eine politische Organisationsfähigkeit aufzuweisen hat.

Dass die Beziehung zwischen diesen beiden so unterschiedlichen Blöcken, wenn man sie so nennen wollte, ihren Schwerpunkt im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit findet wundert daher kaum. Darüber hinaus kommen in der europäischen Afrikapolitik auch Aspekte der Migrationspolitik immer stärker zum Tragen, sowie auch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit den Einsätzen europäischer Truppen im Kongo und in Sierra Leone auf afrikanischem Boden ihre ersten außereuropäischen Erfahrungen sammeln konnte.

Von einer afrikanischen Europapolitik ist indes nicht zu reden. Die Afrikanische Union (AU), deren Struktur und Organe der EU nachvollzogen sind und die als Fortsetzung der in der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) begonnen Integration im Juli 2002 gegründet wurde, konzentriert sich bislang auf inner-afrikanische Themen. Angesichts des hohen Vermittlungsbedarfs und der zahlreichen Konflikte und Krisen kann das nicht verwundern.

Bedeutung haben seit Mitte der Neunziger Jahre hingegen vor allem die regionalen Zusammenschlüsse gewonnen, darunter ECOWAS (gegr. 1975), COMESA (gegr. 1981) und SADC (gegr. 1980 als SADCC, 1992 Neu-Gründung als SADC).

Mit Abstand wichtigstes Instrument für die Europäische Afrikapolitik sind die multilateralen Abkommen, die die EU mit den ehemaligen Kolonien der Mitgliedstaaten seit 1963 geschlossen haben. Diese ehemaligen Kolonien sind zusammengefasst unter dem Begriff der AKP-Staaten, zu denen neben afrikanischen auch karibische und pazifische Staaten gehören. Nachdem das erste derartige Abkommen, das Jaunde-Abkommen, 1963 zwischen der damals noch EWG und 18 ehemaligen Kolonien geschlossen worden war (den AASM), wurde es 1975 durch das Abkommen von Lomé ersetzt, das mehrmals verlängert und im Jahr 2000 durch das Abkommen von Cotonou ersetzt wurde.

Dabei erfüllen die Abkommen der AKP mit der EU eine mehrfache Rolle. An allererster Stelle bieten sie den AKP-Staaten Vorzugsbedingungen für den Import von Produkten in die EU. Die EG/EU-Staaten verzichten dabei im industriellen Bereich vollständig, im landwirtschaftlichen Bereich weitgehend auf Gegenpräferenzen bei Handelsabkommen, so dass den Partnerländern ein bevorzugter Marktzugang in Europa gewährt wird. Hieraus soll für die AKP-Staaten ein wirtschaftlicher Vorteil entstehen. Verbunden werden diese Vorteile mit der Förderung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und für die Privatwirtschaft günstige Rahmenbedingungen. Im Cotonou-Abkommen wurden ferner Menschenrechte und Staatsführung als Ziele hinzugefügt.

Gleichzeitig sieht das Abkommen von Cotonou vor, die unilateralen Handelspräferenzen, mit wirtschaftlichen Partnerschafts-Abkommen zu ersetzen, die reziproke Obligationen vorsehen. In anderen Worten: während bisher nur die EU den AKP-Exporten freien Zugang zu ihren Märkten anbot, werden in Zukunft auch die AKP-Staaten ihre eigenen Märkten für EU-Exporte frei zugänglich machen müssen. Neben der Reziprozität gilt im Cotonou-Abkommen auch die Differentiation, wodurch die am wenigsten entwickelten Länder anders behandelt werden als die besser entwickelten.

b) Afrikas Perspektiven auf dem Weltmarkt

Afrikas Perspektiven auf dem Weltmarkt entscheiden sich an der Fähigkeit des Kontinents, die im Rahmen der Globalisierung und Handelsliberalisierung entstehenden Potentiale für sich zu nutzen. Das bedeutet vor allem, Produktionsfaktorenvorteile auszuschöpfen und den Mangel an lokal vorhandenem Kapital durch ausländische Direktinvestitionen zu überbrücken.

In der öffentlichen Diskussion wird tendenziell von Afrika als Globalisierungsverlierer ausgegangen und schaut man sich die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents in den vergangenen zehn Jahren an, so steht der Kontinent tatsächlich als einziger Kontinent da, dessen Bruttosozialprodukt pro Kopf gesunken, statt gestiegen ist. Dabei ist Afrika, wie es Andreas Brittner jüngst darstellte, keineswegs eine Randzone der Globalisierung. Sowohl anekdotische als auch statistische Evidenz zeigt, dass fast alle afrikanischen Staaten in einem bedeutenden Maße Teil des gemeinhin als Globalisierung bezeichneten Öffnungstrends sind, bei dem sowohl Kultur als auch Wirtschaft und Politik immer stärker transnational und delokalisiert gestaltet und konsumiert werden.

Was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, so ist einschränkend vorzuschieben, dass es angesichts des stark ausgeprägten informellen Sektors in den meisten afrikanischen Staaten schwer ist, verlässliche Zahlen über wirtschaftliche Tätigkeit, Einkommen und dergleichen zu erhalten. Außenhandelsstatistiken sind hingegen relativ verlässlich, da hier Importstatistiken der Empfängerländer mit eingerechnet werden können. Auch hier muss allerdings mit einem nicht unerheblichen inoffiziellen Anteil gerechnet werden.

Am Weltmarkt beteiligen sich die meisten afrikanischen Staaten vor allem mit Rohmaterialien und insbesondere Agrarprodukte stellen einen Großteil der Produktion dar. Auch im Bereich der Mineralienexporte, darunter Erdöl und Kohle aber auch bei hochwertigen Rohstoffen wie Edelmetalle, Edelsteine und Coltan leiden die afrikanischen Staaten tendenziell unter einer mangelnden Beteiligung an der Mehrwertschöpfungskette, also der Verarbeitung der Produkte. Das Einkommen der Menschen und Regierungen hängt somit vor allem von der Entwicklung von Weltmarktpreisen für diese Produkte ab, wobei die mangelnde Organisation der Rohstoffmärkte bedeutet, dass die Produzenten hier Preisnehmer sind, also keinen direkten Einfluss auf die Preisentwicklung haben. Der Liberalisierung von Produkt- und Rohstoffmärkten kommt dementsprechend eine große Bedeutung zu. Die afrikanischen Staaten profitieren vor allem da, wo durch Senkung oder Abschaffung von Importzöllen ihr Zugang zu Rohstoffmärkten verbessert wird. Da die meisten afrikanischen Staaten aufgrund des hohen Wertes von importierten Industriegütern Netto-Importeure sind, stellt die Handelsliberalisierung prinzipiell einen Vorteil für diese Staaten dar. Allerdings bedeutet die Öffnung auch einen Verlust an Steuerungsfähigkeit und erschwert die Bildung endogener Produktionskapazitäten, da diese dem internationalen Wettbewerb stärker ausgesetzt sind. Die hiermit angesprochene Diskussion über Vor- und Nachteile der Handelsliberalisierung für die Entwicklung endogener Produktionskapazitäten läuft seit den achtziger Jahren ohne klares Fazit. Tendenziell zeigen die Fallstudien Südamerikas und Asiens aber, dass eine Öffnung in Verbindung mit politischen und sozialen Reformprozessen die bessere wirtschaftliche Entwicklung hervorgebracht hat.

Allerdings ist die Hoffnung auf eine solche Entwicklung in den meisten afrikanischen Staaten bisher an einer mangelnden Reformfähigkeit oder -bereitschaft (Interpretationssache) gescheitert. In den betreffenden Staaten bestehen nur selten Strukturen zur Verteilung der Gewinne aus Rohstoffexporten. Bündelung von Abbaurechten und Landbesitz in der Hand einzelner Klans bedeutet, dass nur wenige davon profitieren. Ebenso hängt der politische Einfluss noch stark mit ethnischen oder familiären Bindungen zusammen, während der Einfluss von politischen Institutionen und von ihnen geschaffenen Gesetzen oft zweitrangig ist. Hier kommen nicht zuletzt auch sozio-kulturelle Phänomene zum tragen, die für die Perspektiven Afrikas auf dem Weltmarkt von zentraler Bedeutung sein dürften. Denn die fortwährende Dominanz traditionellen Strukturen und Normen, die mit den Anforderungen westlich geprägter Wirtschaftssysteme schwer zu vereinbaren sind, stellen gerade auch für internatio-

nale Investoren ein ernsthaftes Hindernis dar. Denn solange diese nicht von einer ihnen vertrauten Rechtssicherheit ausgehen können, bleibt der Aufbau von Fabriken und ähnlichen Verarbeitungsstätten eine unattraktive Option. Hinzu kommt das weiterhin hohe politische Konfliktpotential und die massive Belastung der sozialen Strukturen durch die Verbreitung von AIDS in weiten Teilen der Bevölkerung, die ebenfalls investitionshemmend wirken.

Aus dieser Erkenntnis entspringt auch der sowohl von der Weltbank als auch von der Europäischen Union in ihrer Entwicklungs- und Zusammenarbeitspolitik verfolgte Ansatz der Förderung von Rechtsstaatlichkeit und institutioneller Kapazitäten. Bisher zeigen diese Ansätze allerdings nur vereinzelt Erfolg.

Fragen:

- Wie sollte die EU ihre Politik gegenüber Afrika in Zukunft gestalten, um einen besseren Beitrag zur Entwicklung Afrikas zu leisten?
- Sollten afrikanische Regierungen sich stärker vor der Liberalisierung des Welthandels schützen, um lokale Produktion zu stärken, oder ist eine Öffnung die bessere Option?
- Wie stellt sich die derzeitige Beziehung westlicher Staaten zu Afrika im Vergleich zum Kolonialismus des 19. Jahrhunderts dar? Leben wir in einer Ära des neuen Kolonialismus?
- Bietet das Modell der europäischen Integration ein sinnvolles Vorbild für den afrikanischen Kontinent?
- Stellt der Föderalismus ein Modell für die Beilegung nationaler und internationaler Konflikte in Afrika dar?

Definitionen & Begriffe:

Abkommen von Jaunde (1963)	Erstes multilaterales Abkommen zwischen der EWG und assoziierten afrikanischen Staaten, hauptsächlich ehem. französischen und belgischen Kolonien zur Unterstützung von entwicklungspolitischen Projekten
Abkommen von Lomé (1975)	Nach dem Beitritt GBs zur EG abgeschlossenes Abkommen, das den AKP-Staaten (inkl. ehemaliger britischer Kolonien) Handelspräferenzen, einen leichteren Zugang zum gemeinsamen Markt, einen Preisstabilisierungsmechanismus für bestimmte Produkte und Finanzmittel für Maßnahmen zur Absatzförderung bot. Die AKP-Staaten erhielten aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), nicht rückzahlbare Zuschüsse und Risikokapital. Zugleich stellte die Europäische Investitionsbank (EIB) Darlehen für nationale und regionale Entwicklungsprogramme zur Verfügung. (1979, 1984 und 1989 verlängert)
Abkommen von Cotonou (Juni 2000)	Fortsetzung der Lomé-Abkommen, multilaterales Handels- und Entwicklungsabkommen, das Präferenzzölle mit technischer und finanzieller Hilfe verknüpft (20 jährige Laufzeit) Während 99% der gewerblichen, agrarischen und mineralogischen Produkte von den AKP-Staaten zollfrei in die EG eingeführt werden können, unterliegen aus der EG stammende Produkte in den AKP-Staaten wie bisher nicht diskriminierenden Zöllen. Das frühere, relativ komplizierte Instrumentarium der Lomé-Abkommen mit unterschiedlichen Fördertöpfen wurde auf nur einen Haushaltstitel für Zuschüsse und Investitionen reduziert. Mittels eines effizienteren Controlling sollen künftig Fehlentwicklungen eher als bisher erkannt werden.
AASM	Assoziierte Afrikanische Staaten und Madagaskar – Partner der EWG im Jaunde-Abkommen von 1963. Dazu zählten die 18 ehemaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Italiens.
NEPAD	New Partnership for African Development Das NEPAD, eine Art Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika, entstand 2001/2002 auf Initiative afrikanischer Staaten und in Abstimmung und mit Unterstützung der westlichen Staaten.
COMESA	Gemeinsamer Markt für das östliche und südliche Afrika (gegründet 1994)
ECOWAS	Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Englisch Economic Community of West African States) 1975 als Erweiterung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO; gegründet 1973, 1994 aufgelöst) gegründete Gemeinschaft von 16 Mitgliedstaaten, Sitz: Abuja (Nigeria). Ziele: schrittweise wirtschaftliche und politische Integration der Mitgliedstaaten, Schaffung eines gemeinsamen Marktes und Bildung einer Währungsunion. Erster Schritt auf dem Weg zur einheitlichen Währungszone war am 30.10.1998 die offizielle Ausgabe von Waua-Reiseschecks, die zum Festkurs mit der jeweiligen Landeswährung verrechnet werden können. Seit 1993 ist die ECOWAS auch verpflichtet, Initiativen zur Konfliktverhütung beziehungsweise -schlichtung in der Region zu ergreifen.
SADC	South African Development Community (gegründet 1992 als Nachfolgeorganisation der SADCC – der Südafrikanischen Entwicklungskonferenz) Mitgliedsstaaten sind Angola, Botswana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Malawi, Moçambique, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Swasiland, Tansania, Republik Südafrika und Mauritius; Sitz: Gaborone (Botswana)

3. Afrika und Europa, eine ambivalente Nachbarschaft - Die „Afrikanische Renaissance“ als Herausforderung für die afrikanisch-europäischen Beziehungen

von Marek Burmeister, AfricAvenir International

Afrika, der geschichtslose Kontinent, dessen Geschichte erst mit den Europäern beginnt.

Der Kern dieser Aussage durchdringt auch heute noch die Beziehung beider Kontinente und ihrer Bewohner. Er verdeutlicht zudem ein Machtverhältnis, welches sich über Jahrhunderte fortpflanzen konnte und welches den Status quo nach wie vor bestimmt.

Somit sind die afrikanisch-europäischen Beziehungen nicht einfach sachliche von politischer Nüchternheit geprägte Beziehungen. Sie haben eine zutiefst unmenschliche Geschichte hinter sich. Nur durch das bewusste Wahrnehmen dieser Geschichte kann ihr bedrückendes Erbe verarbeitet werden, können Missverständnisse und Fehlentwicklungen im beiderseitigen Umgang vermieden werden.

Die Europäer brachten nicht die Geschichte und die Zivilisation nach Afrika¹⁵. Vor ihnen gab es sehr wohl eine Historie, gab es das alte Ägypten, existierten große Königreiche mit enormen Staatsapparaten, Universitäten und Gelehrten, wurden Kriege geführt und Handel mit Europa und Asien betrieben. Das Wissen der Gelehrten von Timbuktu und Alexandria beeinflusste auch das Denken der großen griechischen Philosophen.

Mit der Ankunft europäischer Seefahrer und Eroberer begann die afrikanische Geschichte nicht, sie bekam nur eine verheerende Wendung, von der sich der Kontinent bis heute nicht erholen konnte. Seit dieser Zeit haben Europa und Afrika einen ungleichen historischen Prozess durchgemacht, bei dem der eine Kontinent seiner historischen und menschlichen Wurzeln beraubt wurde und der andere mit neu gewonnenen Ressourcen einen ungeahnten Aufstieg erlebte.

Vom 15. bis zum 18. Jahrhundert wurden mehrere Millionen Sklaven nach Amerika verfrachtet um dort auf den Plantagen der Großgrundbesitzer unter erbärmlichen Bedingungen zu arbeiten. Ihre Arbeitskraft war Grundvoraussetzung für den transatlantischen Dreieckshandel und damit den wirtschaftlichen Aufstieg Europas und Nordamerikas. Die Menschen wurden nur als Ware angesehen und zu untergeordneten Wesen degradiert.

„Die nachhaltige Zerstörung politischer, militärischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Strukturen zu dieser Zeit der zwangsweisen Entvölkerung des Kontinents hinterließ kaum noch Bezugselemente zu den Errungenschaften und der Glorie vergangener Jahrtausende. Die vier Jahrhunderte währende Sklaverei widerspiegelte die tief greifende Niederlage von afrikanischen Staatswesen, die zu einem entscheidenden historischen Zeitpunkt sich als unfähig erwiesen, das Wesentliche der Nation außer Gefahr zu bringen und die Menschen zu retten. Nicht nur einfache Menschen, hohe Würdenträger, ganze Fürstenfamilien und zutiefst verehrte Religionsoberhäupter wurden vor den Augen aller in Ketten gelegt, öffentlich ausgepeitscht und als würdelose Ware weggeschleppt. Dieses Trauma blieb tief eingegraben im kollektiven Unterbewusstsein des Schwarzen, diese Siegesgewissheit aber prägte das kollektive Unterbewusstsein des Weißen in seinen Beziehungen zum Schwarzen. Die große Niederlage afrikanischer Strukturen seit dem fünfzehnten Jahrhundert mündete in eine völlige Beherrschung des Kontinents durch das Kolonialsystem. Der auf dem Kontinent verbliebene Bürger wurde gewaltsam entmündigt, viele Bezugspunkte seines Glaubens und seiner Werte wurden bildlich niedergebrannt, ausgeraubt und ins ferne Europa gebracht, wo sie in Museen landeten, ohne Funktion und ohne lebende Seele.“¹⁶

¹⁵ Auch wenn im Rahmen dieses Textes immer von Europa oder Afrika gesprochen wird, so geschieht dies nur um zu vereinfachen. Europa und Afrika sind hochkomplexe historische, politische und gesellschaftliche geographische Regionen deren Besonderheiten nicht durch einen Begriff erfasst werden können.

¹⁶ Alle in diesem Text zitierten Stellen sind aus einer Rede von Kum'a Ndumbe III: Afrikanische Renaissance: Wegweiser afrikanischer Politik im 21. Jahrhundert.

<http://www.africavenir.org/publications/occasional-papers/NdumbeAfrikanischeRenaissance.pdf>

Noch während des transatlantischen Sklavenhandels begannen die europäischen Großmächte Afrika unter sich aufzuteilen. Willkürlich wurden riesige Gebiete annektiert, Grenzen mit dem Lineal gezogen. Häfen wurden gebaut, Schienen gelegt, Plantagen angelegt und Bodenschätze abgebaut, alles von afrikanischen Arbeitern. Kolonialverwaltungen wurden aufgebaut und mit europäischen Beamten besetzt, Siedlern aus Europa wurde Land zugeteilt. Alles Leben hatte sich am europäischen Maßstab und Herrschaftsanspruch zu orientieren.

„Der Kolonialherrscher glaubte oder gab vor, ein Vakuum an Werten, Religion, Wissenschaft, ein Vakuum an Errungenschaften menschlichen Geistes vorgefunden zu haben und verpflichtete sich, dieses Vakuum mit eigenen, importierten Werten, Anschauungen und Strukturen füllen zu müssen. Das Instrument der terrorisierenden Waffengewalt sollte die afrikanische Bevölkerung zähmen und dazu bringen, dem System des Siegers und Besetzers widerspruchslos zu dienen. Auch die alltägliche Angst dem Fremden gegenüber wurde verinnerlicht. Das Eigene musste dem Fremden ständig die Reverenz erweisen, das Eigene sollte nicht nur unterdrückt, sondern im eigenen Bewusstsein und Unterbewusstsein ausradiert werden, damit ein Überleben, wenn auch in Knechtschaft und Demütigung, überhaupt gewährleistet werden konnte.“

Nach dem 2. Weltkrieg erlangten viele neu geschaffene Staaten Afrikas ihre Unabhängigkeit und die Euphorie ließ endlich auf eine selbstbestimmte Zukunft hoffen. Doch auch wenn sich die alten europäischen Kolonialmächte zu dieser Zeit aus Afrika zurückzogen, so bestimmten sie doch weiterhin das politische Geschehen in ihren ehemaligen Kolonien. Die Wirtschaft der afrikanischen Länder war völlig außenorientiert und somit von den alten Machthabern abhängig. Die politischen Strukturen und Legitimationsmechanismen waren koloniales Erbe und die ehemaligen Kolonialbeamten wurden durch europäisch sozialisierte afrikanische Beamte ersetzt. Der einsetzende Kalte Krieg verschärfte diese Situation. Stellvertreterkriege wurden auf dem Kontinent geführt. Despoten, je nach politischem Wohlgefallen unterstützt oder bekämpft, derweil die meisten afrikanischen Staaten weiterhin nur Rohstofflieferanten und willkommene Absatzmärkte waren.

Eine Wende, auch in den afrikanisch-europäischen Beziehungen brachten erst die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Von einem „second wind of change“ war die Rede oder von einer „zweiten Unabhängigkeit“. Die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in Europa brachten das Ende des Kalten Krieges mit sich. Zur gleichen Zeit begannen in einigen afrikanischen Staaten zuvor soziale und ökonomische Proteste eine politische Dimension zu erlangen. Forderungen nach freien Wahlen und Demokratie wurden laut. Machthaber verloren den Rückhalt ihrer ideologischen Geldgeber und mussten sich, durch zunehmende Proteste und Unzufriedenheit der Bevölkerung unter Druck gesetzt, einem Wählervotum stellen. Selbst wenn einige alte Machthaber sich ihren Status durch inszenierte Mehrparteienwahlen erhalten konnten, so war doch auf dem ganzen Kontinent ein Aufbegehren und ein Aufbruch in eine demokratische Transitionsphase erkennbar. Den Höhepunkt dieser Phase bildete die Freilassung Nelson Mandelas 1994 und damit das Ende der Apartheid und freie Wahlen in Südafrika. Im Zuge dieser Entwicklungen wurde Südafrika zum Motor eines scheinbar neuen afrikanischen Selbstverständnisses, eines neuen demokratischen Aufschwungs und eines gleichberechtigten Agierens auf internationalem Parkett.

Mit der Amtsübernahme Thabo Mbekis tauchte auch das erste mal der Begriff der Afrikanischen Renaissance in der öffentlichen Diskussion auf. Mbeki und auch der ANC wollten mit diesem Konzept mögliche Lösungswege für die weitere Entwicklung Südafrikas aber auch des gesamten Kontinentes aufzeigen. Dabei mussten aktuelle politische und gesellschaftliche Herausforderungen mit einem ganzheitlich, historisch und kulturell orientierten Ansatz angegangen werden, um eigenständige Lösungswege zu erarbeiten.

Die wesentlichen politischen Ansprüche dieser Afrikanischen Renaissance waren und sind eine politische und soziale Demokratisierung, eine wirtschaftliche Erneuerung des afrikanischen Kontinentes und die Forderung nach einer stärkeren Anerkennung afrikanischer Staaten im internationalen System. Die südafrikanische Regierung ließ auch Taten folgen, veranstaltete Kongresse zur Thematik der Afrikanischen Renaissance, gründete ein African Renaissance Institute und legte das *Millennium*

Partnership for African Recovery Programm (MAP) auf, dessen Nachfolger *NEPAD (New Partnership for African Development)* zunehmend, auch wenn stark neoliberal geprägt, politische Gestalt annimmt.

Doch die Diskussion endete nicht bei diesen politischen Initiativen und Entwicklungen, denn sie sind nur ein Teil der Afrikanischen Renaissance. Vielmehr ist dieses Konzept als ein ganzheitlich, politisch-philosophisches und kulturelles Anliegen anzusehen. Es charakterisiert einen langen gesellschaftlichen Prozess der Selbstreflektion und Selbstdefinition der Afrikaner im Kontext ihrer realen Lebensumstände und Handlungslogiken. Dieser Prozess hat seine Ursprünge nicht in den politisch-gesellschaftlichen Umwälzungen Südafrikas, sondern wesentlich im permanenten Widerstand der Afrikaner auf dem Kontinent und in der Diaspora gegen Sklaverei, Kolonialisierung, Unterdrückung und Entmenschlichung.

Die meisten Wissenschaftler verorten die Anfänge der Afrikanischen Renaissance in der so genannten „Neuen Welt“. Afrikanische Sklaven die auf den Plantagen in Amerika und der Karibik zur Arbeit gezwungen wurden, erhoben sich gegen ihre kolonialen Unterdrücker und konnten sogar, wie im Fall von Haiti, die Unabhängigkeit einer ehemaligen Kolonie erkämpfen. Diese Menschen kämpften für ihre Selbstbestimmung und Gleichberechtigung und gegen die Degradierung ihrer Menschlichkeit durch die Sklaverei. Diese Aufstände legten den Grundstein für die Anti-Sklaverei Bewegung, die Black-Power Bewegung und den Panafrikanismus in der Diaspora aber auch in Afrika.

Zur gleichen Zeit aber im besonderen Ende des 19. Jahrhunderts, gewannen auch Aufstände gegen Sklaverei und Kolonialismus auf dem afrikanischen Kontinent an Bedeutung. Beeinflusst durch die Entwicklungen und Gedanken der Anti-Sklaverei Bewegung in der Diaspora, wurde der Panafrikanismus zu einer einigenden Idee um gemeinsame Erfahrung und Lösungen für die Probleme der Afrikaner kommunizieren zu können. Die Träger dieser Idee forderten die Gleichbehandlung der afrikanischen Zivilisationen ein und wiesen die stereotypen, rassistischen Zuschreibung durch die Europäer entschieden zurück. Eine Erneuerung und Selbstfindung der afrikanischen Zivilisation konnte ihrer Meinung nach nur auf dem afrikanischen Kontinent, auf der Basis afrikanischer Kultur, Sprache und Geschichte geschehen.

Getragen von den panafrikanischen Ideen und den Erfahrungen junger Afrikaner die im zweiten Weltkrieg gegen die Faschisten kämpften, wuchs der Widerstand gegen die Kolonialmächte. Bewaffnete Freiheitsbewegungen entstanden, Streiks wurden organisiert, politische Organisationen gegründet und ziviler Ungehorsam geleistet. Angetrieben durch diese Entwicklungen gewann auch die Diskussion um eine Afrikanische Renaissance an Bedeutung. Auf internationalen Kongressen wurden aktuelle Fragen zur afrikanischen Entwicklung diskutiert, Bücher wurden verlegt, Ideen auf ihre politische Machbarkeit überprüft. Mit Kwame Nkrumah wurde ein Anhänger des Panafrikanismus erster Präsident von Ghana.

Doch die realistischen Anstöße zu einer selbstbestimmten Erneuerung und Entwicklung des Kontinentes fanden zu wenig Rückhalt im politischen Handeln. Die Ideen einer Afrikanischen Renaissance wurden im Laufe der Jahre zwischen den Interessen der alten Kolonialstaaten, den neuen Interessen der beiden Großmächte und dem unbedingten Nationalismus vieler afrikanischer Herrscher zerrieben. Das Erbe des Kolonialismus war zu stark und die neuen unabhängigen Staaten zu schwach um verfestigte Strukturen aufzubrechen oder sich dem Einfluss anderer Mächte zu entziehen. Erst das Ende der Apartheid in Südafrika brachte eine wirkliche Wende für die Verfechter einer Afrikanischen Renaissance, einer wirklichen afrikanischen Unabhängigkeit.

Südafrika hat, erst unter Mandela und besonders unter Mbeki versucht, der Idee einer Afrikanischen Renaissance realistische politische Züge zu geben, die Grundgedanken dieses Konzeptes, dieses Denkens als Voraussetzung für die eigene Innen- und Außenpolitik zu verfolgen. Bei allen damit verbunden Problemen wurde nicht versäumt, auch andere afrikanische Staaten mit einzubeziehen und die eigenverantwortliche Rolle afrikanischer Staaten im internationalen System zu unterstreichen.

Doch nicht nur in der Politik wurden neue Impulse gesetzt oder alte Dankansätze wieder aufgenommen. Auch in Kunst und Kultur setzen sich seitdem wieder Afrikaner auf dem ganzen Konti-

nent mit Fragen der Afrikanischen Renaissance auseinander. Neugegründete wissenschaftliche Einrichtungen forschen zu afrikanischen Sprachen, Selbstverständnissen und historischen Wurzeln.

Trotz der extremen Probleme, welche viele afrikanische politische Systeme und Gesellschaften zu bewältigen haben ist dieser Prozess der Afrikanischen Renaissance im Gange auch wenn er wirklich erst am Anfang steht und es offensichtlich noch schwer ist diese neue und aktuelle Phase umfassend zu beurteilen.

Doch was kann Europa, was können die Europäer zum Gelingen dieser eigenständigen Entwicklung beitragen? Auf allen Ebenen der afrikanisch europäischen Beziehungen können die innerafrikanischen Bestrebungen einer Renaissance durch einen konstruktiven und kritischen Dialog aktiv gefördert werden. Dabei ist es unvermeidbar, dass beide Seiten, jedoch insbesondere die Europäer ihre Sichtweisen über den jeweils anderen selbstkritisch reflektieren. Zu diesem Prozess gehört auch für Europa, sich seiner unrühmlichen Geschichte auf dem Nachbarkontinent zu stellen. Zwangsläufig bedeutet dies nicht Entschädigung für begangenes Leid, sondern die behutsame Unterstützung der afrikanischen Staaten und ihrer Gesellschaften im Bestreben eigene, authentische Strukturen und Formen politischen Handelns zu finden. Im viel beschworenen Chaos oder Terror wird dies bestimmt nicht enden und es bedeutet auch nicht das Ende der Demokratie.